

umfassende produktionsfördernde Wirtschaftspolitik und die Zurückgewinnung des Vertrauens des Auslandes durch ein vernünftiges Verhalten unserer Bevölkerung und durch eine Regierung, die weiß, was sie will und imstande ist, die staatliche Autorität neu zu befestigen. Es verdient hervorzuheben zu werden, daß Dr. Stresemann nicht bloß vom industriellen Standpunkt aus die Dinge beurteilt, sondern ebenfalls sehr nachdrücklich für die Landwirtschaft eintritt, der gegenüber man bisher aus überlangem Populärnationalismus nur Kontinentalen, aber nicht Produktionspolitik getrieben habe. „Teures Brot ist besser als kein Brot“, sagt Dr. Stresemann mit Recht, und verlangt, daß alle zur Bedienung der landwirtschaftlichen Produktion notwendigen Schritte getan werden. Sehr anerkanntenswert ist auch die Klarheit, womit er sich bei der Erörterung dieser Gesichtspunkte im einzelnen gegen gewisse verwirrende Schlagworte und verkehrte Auffassungen wendet, die unter dem Erbschmerzlichen System Rede geworden sind. Er weist darauf hin, daß die jetzt beliebte unverständliche und trotz dilettantischer Methode der endlosen Erhöhung der Verkehrstarife schließlich zur völligen Abkühlung des Verkehrs führen müsse, gefehlt die entschlossene und unumschmeibliche demokratische Praxis von der „Steuerfreundlichkeit“, als ob jeder deutsche Staatsbürger mit einem wahren Wohlgefühl sein letztes Hemd für den jetzigen Staat hergeben würde, und mahnt mit ernsten und eindringlichen Worten daran, daß es bei den direkten Steuern eine Grenze gibt, über die nicht hinausgegangen werden darf, weil dann eine gewalttätige Kontraktion des Einkommens und Vermögens an die Stelle einer rationellen Besteuerung tritt. Es gehört immerhin unter den heutigen Verhältnissen schon ein moralischer Mut dazu, offen herauszusagen: „Wer in den letzten Jahren seines Lebens angefangen hat, hat auch fähig das Recht, in dieser Zeit sein Vermögen vermehren zu können. Darin braucht nicht eine Unrechtfertigkeit, eine Ausweitung seiner Mitschuld, zumal bei der heutigen Geldentwertung Vermehrung des Vermögens nicht Verbesserung der Lebenslage bedeutet. Die Steuerreform ist zusammengebrochen, gewiß durch die Schuld des deutschen Volkes, aber in erster Linie durch die Schuld der Hebertreibung der Steueridee seitens der Regierung.“

Bei der Behandlung der Frage der Rohstofflieferung bricht Dr. Stresemann in sehr energischer Weise eine Lanze für die Unternehmer. Die Kredite im Werte von vielen Milliarden, die hier in Frage kommen und erst im Laufe von Jahrzehnten abgedeckt werden können, werden vom Auslande dem Reiche mit seinen heruntergewirtschafteten Finanzen nie gewährt werden. Die Träger dieses Kredits können nach Dr. Stresemann nur die privaten Träger des Wirtschaftsvertrauens in Deutschland sein, die industriellen und kommerziellen Organisationen mit den hervorragenden Köpfen des deutschen Wirtschaftslebens an ihrer Spitze, die in Gemeinschaft mit den großen Bankgruppen für die Vergütung und Rückzahlung des Kredits einzustehen werden. In dem Reichsteil dieses Boges erweist der volksparteiliche Führer „den großen Sicherheitskoeffizienten für die Erhaltung des Privateigentums und der privaten Wirtschaftsführung in Deutschland“. Der Entscheidungskampf zwischen Sozialismus und freier Wirtschaft muß ausgetrieben werden; um diese Notwendigkeit kommen wir nicht herum. Das begreift man auch in Amerika, und diese Einsicht ist wesentlich mit bei dem Entschluß, Deutschland nicht seinem Schicksal zu überlassen, sondern es soweit zu kräftigen, daß es seine produktiven freien Wirtschaftskräfte zu voller Wirksamkeit im Kampfe gegen den Sozialismus entfalten kann. Die völlige Herstellung der alten, gänzlich unbeschränkten wirtschaftlichen Freiheit wird freilich künftig ein Ideal bleiben, das nie wieder im früheren Umfange erreicht werden kann. Es wird vielmehr, wie Dr. Stresemann meint, eine gewisse einseitige Wirtschaftsführung in Deutschland erforderlich sein, bei der die Industrie selbst die Führung haben kann, die über der Staatlichkeit in Bezug auf Einfuhr und Ausfuhr ein Ende machen muß, wenn wir finanziell gefunden sollen. Zu alledem muß dann auch noch die Schaffung einer Kammer der Arbeit neben dem politischen Parlament treten, wenn wir aus der Not der Gegenwart wieder herauskommen wollen. Diese Kammer der Arbeit ist aufzubauen nicht auf allgemeinen Wahlen, sondern auf den Organisationen der Wirtschaft, als den Vertretern von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, und sie wird über alle wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nach rein sachlichen Gesichtspunkten, unter völliger Ausschaltung von den Quertreibereien des politischen Parlamentes, zu entscheiden haben.

Wenn alle diese Bedingungen erfüllt werden, glaubt Dr. Stresemann seit an die Wiederherstellung der deutschen Industrie und des deutschen Wirtschaftslebens überhaupt. Mit den Worten: „Wenn alles zusammengebrochen ist im Weltkrieg, das Weltansehen der deutschen Industrie ist nicht zusammengebrochen, das steht härter da in der Welt als je!“ befindet dieser hervorragende wirtschaftspolitische Sachverständige seine unerschütterliche Überzeugung von der Unversichtlichkeit unseres industriellen Lebensmarks. Solch starkes, unverwundliches Hoffen, solcher freie und mutige Ausblick in die Zukunft trotz der schwierigen Verhältnisse, die uns überall umgeben, entspricht durchaus dem frischen Stempels- und Tagewort unserer industriellen Pioniere. Dann bleibt nur zu wünschen, daß das deutsche Volk das Seine zum Wiederaufbau beitragen möge, indem es sich wieder der Autorität, der Ordnung und der Arbeit zuwendet und sich eine Regierung gibt, die in schwankender Zeit nicht schwankend in ihren Entschlüssen ist, sondern mit zielbewusster Energie und unerschütterlicher Initiative allen staatlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden versteht.

### Die angeblichen Waffenverchiebungen.

Berlin, 3. Mai. Die vom Reichswehrministerium wegen der ihm in der Presse vorgeworfenen Waffenverchiebungen angestellten Nachforschungen haben ergeben: Die vom Oberpräsidenten von Pommern Ende April im Freischaus von Zeitzin beschlagene Wäsche waren zum Austausch ihrer Wäsche der österreichischen Streitkräfte, die ebenfalls beschlagene Munition zur Ausrüstung der Reichswehr und der Sicherheitspolizei seit langer Zeit bestimmt. Infolge der Spernung des polnischen Korridors und wegen Mangels an geeigneter Schiffstrasse konnte die Munition erst Anfang Mai abgeholt werden. Von einer Verwendung der Munition auch wieder freigegebenen Wäsche ist Abstand genommen worden. Von einer Befreiung von Waffen und Munition an Russland ist dem Reichswehrministerium nichts bekannt. (B. Z. B.)

### Die Industrielähmung in Mitteldeutschland.

(Lager Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Berlin, 29. Mai. In Mitteldeutschland ist eine Industrielähmung eingetreten. In Magdeburg, Halle und Halberstadt sind in der Pfingstwoche eine große Anzahl Fabriken wegen Auftragsmangel und Überflut der Lager gänzlich geschlossen worden. In Halberstadt erklärte der Berliner Halberstädter Industriewerke A.-G., daß sie bei den jetzigen enorm hohen Löhnen nicht länger die Betriebe fortsetzen könnten und diese schließen müssen.

### Tagung der deutschen Mieteinigungsämter.

Stuttgart, 28. Mai. Am heutigen Bürgermuseumballe findet am 2. Juni eine Tagung der Vereinigung deutscher Mieteinigungsämter statt. Die Verlesung wird sich mit wichtigen Fragen des Wohn- und Mietwesens beschäftigen.

## Benachteiligung Oberschlesiens.

Breslau, 28. Mai. In letzter Zeit ist viel davon gesprochen worden, daß die ober-schlesische Bevölkerung über die dauernde Benachteiligung durch das Reich in eine erregte Stimmung geraten ist. Man hat sogar die Absicht geäußert, die Versorgung des Reiches mit ober-schlesischer Kohle einzustellen, um so einen Druck auf die Regierung ausüben zu können. Wie der Telegraphen-Union zu diesen Vorgängen mitgeteilt wird, besteht die Tatsache zu Recht, daß von amtlichen Seiten das ober-schlesische Gebiet noch immer als Ausland angesehen wird, und daß Lieferungen nach Oberschlesien nur zu den für Auslandslieferungen festgesetzten Preisen und Bedingungen gestattet sind, indem gleichzeitig der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen für nach Oberschlesien bestimmte Sendungen besondere Ausfuhrbewilligung erteilt. Die Reichsregierung begründet dieses Verhalten damit, daß sie erklärt, es bestehe der Verdacht, daß ein großer Teil der nach Oberschlesien gehenden Waren ohne weiteres ins Ausland gehe, weil ihr an der ober-schlesischen Grenze die Möglichkeit der Kontrolle fehle. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die im unbesetzten Deutschland geltenden Ein- und Ausfuhrverbote auch in Oberschlesien in Kraft geblieben sind und die Ein- und Ausfuhrbewilligung für das eigentliche Ausland nach wie vor von den Berliner Zentralfstellen aus erteilt. Die in Berlin gehegten Befürchtungen treffen also in keiner Weise zu, zumal Oberschlesien selbst ein erhebliches Interesse daran hat, nicht ausser Acht zu werden.

### Franzosenfeindliche Kundgebungen in Oberschlesien.

Beuthen, 28. Mai. Gegen 9 Uhr abends fanden hier polen- und franzosenfeindliche Kundgebungen vor dem Hotel Dumsl, dem Sitz der Wohnbevölkerungskommission, statt. Fast sämtliche Bewohner der unteren Geschosse wurden zerstreut und die Türen eingeschlagen. In der „Grenzpost“, dem Organ der nationalen Polen, wurden die Franzosen ebenfalls zertrümmert. Grund zu dieser Kundgebung war, daß ein Deutscher von einem französischen Soldaten erschossen wurde. Der Franzose hatte sich an einem deutschen Mädchen vergriffen, das den Deutschen befreien wollte.

Beuthen, 28. Mai. Bis spät abends und bis zur Mitternacht erfolgten abermals heftige Zusammenstöße zwischen Deutschen und Polen. Es wurde mit Maschinengewehren und Schindeln geschossen. Die erbitterten deutschen Einwohner schickten sich gegen Mitternacht an, das Hotel Lumby, wo die polnischen Volkskommissare ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben, zu erklimmen.

### Das Chaos im Teschener Gebiet.

Wien, 29. Mai. Aus Mähren, Böhmen wird gemeldet: Die Anarchie im östlichen Abstimmungsgebiet hält weiter an. Die interalliierte Abstimmungskommission erweist sich als zu schwach, um der Terroristen Herr zu werden. Man kann von einem regelrechten Kleinkrieg der Polen in Ostschlesien sprechen. Die polnischen Bergarbeiter betreiben auf ihrem Ultimatum: auf Enttarnung der tschechischen Gendarmen und Aushebung der Kohne in tschechisch-slowakischer Währung. Sollten ihre Forderungen nicht bewilligt werden, wird kein polnischer Bergarbeiter in die Grube einfahren.

### Die Krise im Osten.

In der „Deutschen Ill. Ztg.“ wird zur Frage, ob Kriegsgefahr im Osten bestehe, u. a. ausgeführt: Der Kampf vor der deutschen Ostgrenze wird vermutlich von den beiden Gegnern allein ausgetragen werden. Die Sowjetregierung ist nicht lebensfähig ohne den wirtschaftlichen Aufbau im Innern Russlands. Dieser ist wiederum unmöglich ohne die Unterfütterung Deutschlands. Sie hat jedoch zur Voraussetzung, daß nicht alles brannt und drüber geht. Während Köpfe in Sowjet-Russland sind unbedingt gegen einen Angriff auf Deutschland. Die Krise, die uns in den nächsten Wochen bevorsteht, kennzeichnet sich in der russisch-polnischen Frage, in den deutschen Wahlen und in der Konferenz von Spa.

Es wäre zu wünschen, daß das offizielle Blatt mit seiner Ansicht, daß ein Angriff Russlands auf Deutschland nicht in Frage komme, recht behalte. So ganz sicher ist das vielleicht doch nicht, und deshalb wäre es ganz gut, wenn man sich in Berlin auf alle Eventualitäten vorbereitete. Ob gerade die Wiederherstellung der Regierungskoalition, die die „Deutsche Ill. Ztg.“, höherem Auftrage folgend, empfiehlt, das einzige Rettungsmittel ist, darüber dürften die Meinungen weit auseinandergehen. In der Tat rechtfertigen die bisherigen Leistungen der Koalition gerade auf außenpolitischem Gebiete die gegenwärtige Ansicht. Denn schließlich war unsere gesamte auswärtige Politik doch nichts anderes als eine ununterbrochene Reihe von Enttäuschungen und Rückschlägen.

### Sitzung des Danziger Staatsrates.

Danzig, 28. Mai. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schum fand gestern eine Sitzung des erweiterten Staatsrates statt zur Regelung von Beamtenfragen. Es wurde beschlossen, eine Abordnung, bestehend aus einem Mitgliede des Staatsrates und einem Vertreter der Beamtenchaft sofort zu unmittelbaren Verhandlungen nach Berlin zu entsenden. Als Termin für den Zusammentritt der versammelte Verhandlung wurde der 14. Juni in Aussicht genommen. Die Besetzung soll durch den Oberkommissar erfolgen.

Die Einberufung des Volksrates wird durch den Oberkommissar geschoben. Der Volksrat wird als Hauptaufgabe der Verfassung und den Absichten der Danzig-Polnischen Konvention, wie sie im Artikel 104 des Friedensvertrages vorgesehen ist, haben.

### Der „Unfall“ des Präsidenten Deschanel.

Genf, 29. Mai. Der Urlaub, den Präsident Deschanel nehmen wird, wird vermutlich lange dauern. Einige ungeduldige Politiker beginnen bereits die Frage aufzuwerfen, ob der Präsident von seinem Vandaunienhalt aus die Geschäfte verfolgen kann. Der „Matin“ erklärte gestern in gewundenen Worten, die offizielle Darstellung des Unfalls sei kaum glaubhaft, da durch eine so schnelle Seffnung ein Menschenkörper kaum hervorstehen könnte. Heute bringt der „Nouvelles de Lyon“, ein literarisches Blatt, eine Notiz, die abschließend dunkel gehalten ist. Es heißt darin: Der Unfall, der dem Präsidenten auftrat, ist auf einen krankhaften Zustand und eine daraus folgende Verwirrung zurückzuführen, die man euphemistisch „eine Warnung“ nennt. Herr Deschanel hat allerdings in der letzten Zeit sehr viel gearbeitet, aber diese Überanstrengung genügt nicht, um die Schwindel- und Schwindelzustände zu erklären, deren Opfer er beinahe geworden wäre und die seinen Körper wohl bekannt waren. Man braucht noch nicht gleich von einer Reise nach Versailles zu sprechen, und es ist in den Verhandlungen bereits geschehen, aber sicher muß sich Deschanel einer sehr längeren Kur unterziehen. Es scheint, daß allerlei Maschinen gegen den kranken Mann im Gange sind. Nach dem Unfall stehen sich alle Politiker auf Vincennes in die Höhe im Entsetzen einzuzeichnen. Nur ein Name fehlt in der Liste: Clemenceau.

### Aündigung der rumänischen Handelsverträge.

Bukarest, 28. Mai. Nach einer Meldung aus Mailand hat der rumänische Minister rat beschlossen, die im Jahre 1917 mit dem Auslande abgeschlossenen Handelsverträge zu kündigen.

## Eine Wählrede Hefferichs.

Berlin, 29. Mai. Gestern abend sprach Staatsminister A. D. Dr. Hefferich in einer Versammlung des Reichsfreiwilligen Verbandes Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei in der Hochschule für Musik. Schon zwei Stunden vor Beginn fanden sich die ersten Besucher ein. Gegen 7 Uhr waren der Saal und die Foyer desaria überfüllt, daß man die Tore schließen mußte. Hunderte von Menschen mußten vorüber auf der Straße warten. Dr. Hefferich rechnete sehr scharf mit der Revolutionsregierung und den Mehrheitsparteien ab. Er entrollte die Erbsen- und Scheidemann-Politik seit dem verhängnisvollen Julitage des Jahres 1917, an dem der spätere Reichsfinanzminister Erbsen seinen bekannten Vorkurs im Hauptausfluß des Reichslandes machte. Dieser Schritt, hinter dem unsere Feinde unsere Schwäche vermuten mußten, sei in einem Augenblick getan, in dem sie sich zum erstenmal friedensgeniegt zeigten. In jenem Tage hätten die Franzosen zum erstenmal einen Friedensfühler ausgestreckt, und in jene Zeit falle die Unterredung des Runtus Paccet. Alle Möglichkeiten, zu einem christlichen Frieden zu gelangen, seien durch die Friedensresolution, die Erbsen auch heute noch stolz als sein Werk bezeichnete, vernichtet worden. So könne man diesen unglückseligen Tag als den Geburtstag der Novemberrevolution bezeichnen, die der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann, der dem Kaiser den Eid geschworen, von der Terrasse des Reichstages ausgerufen habe. Zu den Waffenstillstandsverhandlungen habe die Entente ihren härtesten Mann gefunden, während die Deutschen Herr Erbsen geschickt hätten. Dr. Hefferich kam dann auf die „verdorrende Hand“ und erklärte unter minutenlangem Beifall, den schärfsten Teil des Friedens verbannt Deutschland den Mehrheitsparteien und ihrer Regierung. Auch dem Minister A. D. Preuß widmete der Minister seine Aufmerksamkeit. Lautes Lachen ertönte, als Hefferich eine Stelle aus der Rede des Schöpfers der neuen Verfassung zitierte, nach der sich dieser mit keinem Erbsen als Bismarck verhält. Wenn der Feind in der Hand des deutschen Landes geistert werden sollte, müsse man an die Männer denken, die sich nicht entblödeten, dem Feinde die Hand zu reichen. Die nationale Einheitsfront müsse zustandegebracht werden. Deshalb sei Redner und mit ihm die Deutschnationalen Volkspartei für ein gutes Verhältnis zur Deutschen Volkspartei. „Gemeint marschieren und vereint schlagen“ müsse die Parole sein.

### Abermalige Erhöhung der Preise der Berliner Zeitungen.

Berlin, 29. Mai. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger hat beschlossen, den Bezugspreis der Zeitungen vom 1. Juni ab noch einmal, aber nur vorübergehend, zu erhöhen. Dieser Beschluß ist durch eine Erklärung bekanntgegeben worden, in der es u. a. heißt: Das Zeitungsgewerbe wird fast erdrückt durch den ungemeinlich gestiegenen Preis für Druckpapier, das jetzt über das Inflationsschloß des Vorkriegspreises steht. Auch alle übrigen Materialien haben sich so gewaltig verteuert, daß, noch dazu bei den hohen Löhnen und Gehältern, den ins Ungeheure gestiegenen Betriebskosten, ein großer Teil der Verlage außerstande ist, die Kosten zu tragen.

### Der deutsch-amerikanische Handel.

(Lager Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
New York, 29. Mai. Amerikanische Banken rechnen damit, daß die Besserung der deutschen Bluts, die sich unaufhaltsam weiter vollzieht, dem amerikanischen Handel nun Gelegenheit bietet, die Verbindungen mit Deutschland auf dreier Grundlage aufzunehmen. Man nimmt in Amerika an, daß Deutschland jetzt außer Lebensmitteln und Rohstoffen auch für amerikanische Industrieprodukte in größerem Umfange Interesse habe. Vor einigen Tagen sind Muttererzeugnisse der Industrieprodukte nach Europa verschifft worden, die in Berlin und anderen Städten ausgestellt werden sollen.

### Die nationale Bewegung in der Türkei.

Wesel, 29. Mai. Aus Konstantinopel wird englischen Blättern berichtet, daß in Stambul ein mohammedanischer Aufruf zum heiligen Krieg ausgerufen worden sei. Dieser wird berichtet, daß Gallia von arabischen Kriegsbänden überfallen ist. Die französische Zone ist in den Händen der Aufständischen. Die Franzosen erlitten schwere Verluste. Die Bevölkerung flieht nach der englischen Zone, die ebenfalls bedroht ist. Auch in Mesopotamien rücken die Araber weiter vor. Damaskus und Bagdad sind eingeschlossen. Auch Jerusalem ist von den Arabern bedroht.

### North über den ungarischen Frieden.

Budapest, 29. Mai. Der Reichsverweser North äußerte sich zu einem Journalisten über den ungarischen Frieden folgendermaßen: „Das Schicksal Ungarns ist weiterhin in den Händen der Entente. Der formale Friedensschluß bedeutet nichts, wenn keine wirkliche Versöhnung zustande kommt. Unser Gewissen ist rein, ich möchte aber nicht festhalten, daß für den zu schließenden Friedensvertrag und für die Wiederherstellung der Ruhe der Welt die Verantwortung in vollem Umfang der den Frieden diktierenden Entente zur Last fällt.“ Auf eine Frage über die Befreiung des Thrones sagte der Reichsverweser: „In Ungarn ist jedermann Monarchist. Die Frage aber, wann der König wieder eingesetzt werden soll, kann ich nicht beantworten. Das Prinzip ist, daß der König nur unter vollkommen konsolidierten Verhältnissen die Herrschaft antreten kann. Und heute ist die Lage leider noch so, daß man nicht davon denken kann.“

### Verhandlungen zwischen Montenegro und Italien.

Belgrad, 28. Mai. Der montenegrinische Ministerpräsident ist in Rom eingetroffen, wo er mit mehreren führenden Politikern Italiens über die montenegrinische Frage beraten soll. Es handelt sich vornehmlich um die Cattaro-Frage und um das Schicksal des Berges Lovcen.

### Für einen Teil der Weier wiederholt.

### Der deutsch-lettische Friedensvertrag.

Kopenhagen, 28. Mai. Das lettische Telegraphen-Büro in Riga teilt mit: Die lettische Regierung hat das Friedensprotokoll, das am 5. d. M. in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde und das nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, nunmehr veröffentlicht. Die Hauptbestimmungen sind: Deutschland erkennt Lettland als selbständigen Staat an, und zwar sofort, nachdem von den alliierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen worden ist. Sowohl Deutschland wie Lettland verpflichten sich, keine Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindliche Truppenbildung auf ihrem Gebiete zu dulden. Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz aller Schäden, den Deutsche oder die dem deutschen Oberkommando unterstellten Truppen in Lettland angerichtet haben. In Riga wird eine gemischte Kommission die Höhe des Schadenersatzes festsetzen. Lettland erhält alles Kriegsmaterial ausgehoben, das den Truppen Bermonds gehört hatte. Deutschland verpflichtet sich, Lettland Waren auf Kredit zu liefern.

Die W. Z. B. hierzu von ausländischer Stelle hört, sind noch folgende Punkte des Vertrages bemerkenswert: 1. Die oben erwähnte gemischte Kommission wird auch den Wert der von Lettland zu erzielenden Aufwendungen feststellen.